Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 265 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe (34 mm breit) 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver, Samstag, den 10. November | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt", „Herd u. Scholle" — „Für unsere Frauen" und „Am Abend" | 1928

Die heutige Ausgabe umfaßt 6 Seiten und die Beilage: „Landmanns Sonntagsblatt."

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichsaußenminister Dr. Stresemann veröffentlicht einen Artikel, in dem er den Wiederaufstieg Deutschlands unter der heutigen Staatsform von ruhiger und sachlicher Arbeit aller Parteien erhofft.

* Die von der Länderkonferenz eingesetzten Unterausschüsse für die Reform der Reichsverfassung sind vom Reichsinnenminister nach Berlin einberufen worden, um das vorläufige Arbeitsprogramm fertigzustellen.

* Die Französische Kammer hat einen Beschluß gefaßt, nach dem den elsässischen Abgeordneten Ricklin und Rossé das aktive und passive Wahlrecht entzogen wird. Dieser Beschluß hat im Elsaß äußerste Entrüstung hervorgerufen.

* Der Lavaausbruch des Ätna nimmt immer weiter seinen verderblichen Lauf und zerstört Dörfer, Felder und Wälder. 4000 Flüchtlinge haben das gefährdete Gebiet verlassen.

Kommen und Gehen.

Sterben unter den Regierungen. — Der Mann ohne Liebe. Eine geschäftstüchtige Familie.

Als hätten sie alle miteinander geheime Verabredungen getroffen, im November, im Monat der beginnenden Winterstürme, anderen Männern Platz zu machen, so ist plötzlich in diesen Tagen in einer ganzen Reihe von Ländern das große Sterben unter den Regierungen ausgebrochen.

An erster Stelle natürlich ist zu nennen Herr Poincaré, der seit fast zweieinhalb Jahren eine ziemlich unumschränkte Herrschaft in der Französischen Republik ausüben durfte und nun das erste Anzeichen einer gewissen Herabminderung seines übermächtigen parlamentarisch-politischen Einflusses mit sofortiger Einreichung seines Entlassungsgesuches beantwortet hat. Gewiß ein ganzer Kerl, dieser Advokat aus dem Lothringer Land, der, ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, mißgünstigen Parteiführern den Fehdehandschuh ins Gesicht wirft, weil er sich zu groß und zu stolz dünkt, als daß er seine wohlüberlegte Etats- und Reparationspolitik unberechenbaren Einfällen machtlüsterner Gegner überlassen könnte. Auch seine Feinde müssen zugeben, daß er auf allerhand sehr wesentliche Erfolge für Frankreichs Ansehen und Wohlergehen hinweisen kann, und daß ihm deshalb, wenn er kürzlich den Finanzausschuß der Kammer herunterputzte wie eine Versammlung von dummen Jungen, weil er ihm seine Etatsfinanzierung in verschiedenen Punkten verschlimmbessern wollte, mildernde Umstände von wesentlicher Bedeutung zur Seite stehen. Jetzt ist der Weg frei für neue Kombinationen. Soviel muß man Poincaré jedenfalls zugestehen: er ist ein Mann, der zu seinen Worten steht und nicht morgen „nein" sagt, wenn er gestern „ja" gesagt hat. Er ist allerdings auch ein Mann, der Respekt genießt, viel Respekt sogar, nur keine Liebe, und dem man deshalb seine Mißerfolge, zum Beispiel im Elsaß, nur zu gern neben seinen unbestreitbaren Verdiensten auf's Butterbrot streicht. Wir Deutschen können ihm das Zeugnis nicht vorenthalten, daß wir seiner Klugheit, seiner Entschiedenheit und seinem unversöhnlichen Wesen ein recht stattliches Teil unseres nationalen Unglücks zu verdanken haben.

*

Mit dem französischen Kabinett ist auch das rumänische Kabinett des Herrn Vintila Bratianu plötzlich in der Versenkung verschwunden. Ein Wurm, der nicht sterben wollte, darf man vielleicht von dieser ungemein geschäftstüchtigen Familie sagen, die es verstanden hatte, das Schicksal eines ganzen Landes mit ihren eigensten Haus- und Vermögensinteressen fast untrennbar zu verbinden. Nun soll doch die Probe aufs Exempel gemacht werden, ob es nicht auch ohne die Liberale Partei und ihren angestammten Führerkreis gehen mag, ob nicht eine unparteiische Beamtenregierung oder, wenn alle Stränge reißen, die im ganzen Lande verbreitete Bauernpartei den Retter aus der Not spielen könnte.

Rumänien ist in der Nachkriegszeit nicht sonderlich vom Glück begünstigt worden. Es hatte wirtschaftlich schwer um seine Lebensbedingungen zu kämpfen und die Tatsache, daß zurzeit an Stelle des Königs ein mehrköpfiger Regentschaftsrat die Geschäfte des Landes zu leiten hat, kommt natürlich in erster Reihe den Elementen zugute, die ihr eigenes Wohl nicht immer hinter das Beste des Vaterlandes zurückzustellen pflegen. Auch hier weiß man wohl, was man an den abgehenden Machthabern verliert, ohne mit Sicherheit darauf bauen zu können, daß ihre Nachfolger bessere Politik zu machen verstehen werden. Aber wenn Frankreich sich den Luxus einer unerwarteten Ministerkrise erlauben kann, warum soll sein gehorsamer Vasallenstaat an der unteren Donau sich nicht auch von einer Seite auf die andere werfen? Nur ein Weilchen noch und von den Polen und von den Tschechoslowaken werden uns vielleicht ähnliche politische Schauspiele geboten werden. Vorläufig ist in Portugal, das ja wohl gegenwärtig noch einen Diktator an der Spitze des Staates amtieren sieht, die Regierung gestürzt, und schließlich hat auch das Kabinett der Südafrikanischen Union mit dem bekannten General Herzog an der Spitze sein Amt niedergelegt aus Gründen, in die anscheinend die wohl unüberwindliche Abneigung der Buren gegen das zum Teil auch bereits von den europäischen Sendboten des Sozialismus erfaßte schwarze Element mit hineinspielt.

Ein Kommen und Gehen also von regierenden Männern in den verschiedensten Ländern; es ist nun einmal im Einzelleben wie im Leben der Völker nichts beständiger als der Wechsel. Schließlich geht auch Herr Coolidge und Herr Hoover wird ihn ersetzen. Damit haben die Vereinigten Staaten abermals für vier Jahre Ruhe bekommen und die Sicherheit, daß sich in dieser Zeit in ihren politischen Verhältnissen und Machtverteilungen nichts ändern wird. Mit dem Einzug eines neuen Republikaners in das Weiße Haus ist auch die Fortdauer der republikanischen Politik für die gleiche Zeit gewährleistet. Regierungskrisen außerhalb des durch die Präsidentenwahl ermöglichten Wechsels sind den Amerikanern eine unbekannte Sache. Herr Hoover kann von dem glänzenden Sieg, den er, ein hundertprozentiger Mann, wie er im Buch steht, erfochten hat, um so entschiedeneren Gebrauch machen, als er nicht nur seiner Person, sondern auch der Republikanischen Partei als solcher gutzuschreiben ist. Dr. Sy.

Die Lava kommt!

Der Ausbruch des Aetna.

Schreckensweg des Feuerstroms.

Die Schrecken des Ausbruchs eines Vulkans sind uns allen wohl aus dem weltbekannten Roman „Die letzten Tage von Pompeji" bekannt. Was uns dort als Phantasie eines Dichtergehirns erscheint, ist jetzt wieder einmal furchtbare Wirklichkeit geworden. Auf Sizilien hat der Ätna seine feurigen Schlünde geöffnet und speit seit einigen Tagen seine verderbenbringenden feurigen Lavamassen aus. Bereits hat der Lavastrom in weitem Umkreis

Dörfer, Felder und Wälder verwüstet.

Nach den letzten Meldungen dringt die Lava mit unverminderter Stärke um etwa 3 Kilometer von Mascali nach Osten und Südosten gegen das Meer vor. Man versucht, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die ein seitliches Abschwenken möglich machen könnten. Durch einen seitlichen Arm des Lavastromes ist auch Giarre bedroht. Es ist anzunehmen, daß der Ausbruch des Ätna diesmal wie in den Jahren 1910, 1911 und 1923 mehrere Wochen andauern wird. Der Ausbruch des Ätna hat

bereits Menschenleben gefordert.

In der Gegend von Mascali wurde eine ganze Familie von der Lava überrascht und konnte sich nicht mehr rechtzeitig retten. Ein altes Ehepaar, dessen Haus von der Lava bedroht wurde, suchte Rettung auf dem Dache. Die Rettung war aber nicht mehr möglich, da das Haus rasch von der Lava umflossen wurde und in dem glühenden Lavastrom zusammenbrach. Viele Häuser wurden in der Nacht vom Lavastrom erreicht, doch konnten sich die Bewohner noch rechtzeitig retten. In dem vom Ausbruch des Ätna heimgesuchten Gebieten spielten sich

erschütternde Szenen

ab. Riesenhafte Bäume wurden von der glühenden Masse wie Streichhölzer geknickt und flammten feurig auf. Häuser und Kirchen wurden wie Spielzeug umgerissen und sanken in sich zusammen. Vor dem sich langsam, aber mit unheimlicher Sicherheit fortbewegenden glühenden Brei hatten sich Prozessionen der gefährdeten Bevölkerung aufgestellt, die durch Gebete und fromme Gesänge das Verderben zum Stillstand bringen wollten. Wie blind stürzen die Haustiere in den sich immer mehr und



Das von der Lava bedrohte Land.

mehr nähernden Feuerstrom hinein. Vögel senkten sich in ganzen Schwärmen auf die Lavaflut nieder und wurden von ihr verbrannt. Viele Bauern, die sich nicht von ihrem Hab und Gut trennen wollten, mußten mit Gewalt aus der gefährlichen Zone entfernt werden. Unübersehbarer Sachschaden ist entstanden, und

das Verderben schreitet immer noch unaufhaltsam weiter.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Mißtrauensantrag gegen Dr. Schreiber.

Nach Beendigung der Schuldebatte im Preußischen Landtag beschäftigte sich das Haus mit einem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den preußischen Handelsminister Dr. Schreiber, dem vorgeworfen wird, eine Zechenstillegung nicht verhindert zu haben. Der Minister erklärte, der preußische Handelsminister sei nicht immer in der Lage, Zechenstillegungen zu verhindern. Durch Verkürzung der Arbeitszeit ohne Rücksicht auf die internationale Konkurrenz würde man der deutschen Bergarbeiterschaft einen schlechten Dienst erweisen. Die Siebenstundenschicht sei jetzt wirtschaftlich unmöglich. Darauf vertagte sich der Landtag auf Donnerstag, den 15. November. In dieser Sitzung soll über das Mißtrauensvotum abgestimmt werden.

Hilfe für die brandenburgischen Landwirte.

Die deutschnationale Fraktion im Preußischen Landtag ersucht in einem Urantrag das Staatsministerium, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um die durch die Zusammenbrüche vieler landwirtschaftlicher Genossenschaften in der Provinz Brandenburg und durch Hochwasserschäden gefährdeten Landwirte vor der Vertreibung von Haus und Hof zu bewahren. Die Staatshilfe solle entweder in Form von Beihilfen oder langfristigen billigen Krediten gegeben werden. Es wird darauf hingewiesen, daß sich die Landwirte dieser Provinz in einer geradezu außergewöhnlichen Notlage befinden.

Polnische Erbitterungspolitik.

In Ostoberschlesien sind eine Menge von Zeitungen, die es gewagt hatten, die öffentliche Erklärung der deutschen Abgeordneten im polnischen Parlament wiederzugeben, sie, die deutschen Abgeordneten, könnten an einer Zehnjahrfeier der Republik Polen nicht teilnehmen, beschlagnahmt worden. Der bekannte Beschluß lautet dahin, daß die Fraktion sich außerstande sehe, an der geplanten Festsitzung des Sejms teilzunehmen, weil im vergangenen zwar des Volkstums, sicherzustellen. — Ob die polnische Regierung glaubt, mit den Schikanen gegen einige oberschlesische Blätter die Sache totschweigen zu können?

Das Recht auf die Straße.

Aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei ist im Preußischen Landtag ein Antrag eingegangen, der sich gegen das Überhandnehmen öffentlicher Demonstrationsumzüge richtet. Verluste an Menschenleben, andauernde Strafverfahren und andere Mißhelligkeiten seien unausgesetzt zu beklagen. Wenn man früher der Hoffnung sein konnte, sagt die Eingabe, daß die Bevölkerung selbst mehr und mehr den Geschmack an der Überfülle und der Regelmäßigkeit solcher Umzüge verlieren würde, so stehe heute fest, daß sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Ohne daß eine Neuregelung des Rechts auf die Straße erfolge, die das positive Verbot solcher Umzüge enthält, sei eine Wiederherstellung ordnungsmäßiger Verkehrszustände nicht zu erwarten. Das Staatsministerium wird ersucht, das Recht auf die Straße im Polizeiverordnungswege neu zu regeln. — Die Wirtschaftspartei hat eine ähnliche Anfrage eingebracht.

Freigabe des dritten Sonntags vor Weihnachten?

Die Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei hat folgende Kleine Anfrage im Preußischen Landtag eingebracht: Aus Kreisen des Einzelhandels und des Gewerbes ist wiederholt gefordert worden, daß der dritte Sonntag vor Weihnachten zur Offenhaltung der Läden freigegeben werden soll. Insbesondere hat auch die Einzelhandelsgemeinschaft ein entsprechendes Verlangen an den Berliner Polizeipräsidenten gestellt. Wir weisen vor allem auf die besondere Lage in kleinen Städten und auf dem Lande hin, wo die Landbevölkerung, besonders die Landarbeiterschaft, nur am Sonntag Zeit hat, um ihren Bedarf in Geschäften zu decken. Ist das Staatsministerium bereit, durch ein Rundschreiben auf die Polizeipräsidenten unverzüglich einzuwirken, damit der dritte Sonntag vor Weihnachten freigegeben wird?

Mexiko.

Todesurteil gegen Obregons Mörder.

In dem Prozeß gegen den Mörder Obregons, Toral, und seine angebliche Mitschuldige, die Ordensschwester Concepcion, fällten die Geschworenen ihren Wahrspruch. Beide Angeklagten wurden für schuldig befunden. Das Gericht verurteilte Toral zum Tode, die Ordensschwester Concepcion zu 20 Jahren Freiheitsstrafe. Die um den Gerichtssaal versammelten Menschenmassen veranstalteten große Demonstrationen gegen die Verurteilten. Die Verteidigung legte beim Obersten Gerichtshof Revision gegen das Urteil ein.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichspräsident empfing den deutschen Botschafter in London, Dr. Sthamer, zum Vortrag.

Berlin. Der vierte Deutsche Landgemeindetag und der fünfte Preußische Landgemeindetag finden vom 15. bis 17. November — erstmalig gemeinschaftlich — in Berlin statt.

Ueberall Lohnkämpfe

Zuspitzung im Eisenkonflikt.

Der Ernst der Lage.

Aus Anlaß des Ernstes der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und der Aussperrung der Metallarbeiter werden sich die Mitglieder der Düsseldorfer städtischen Verwaltung in den nächsten Wochen von allen öffentlichen und nach Möglichkeit auch von privaten Festlichkeiten fernhalten. Nach vorsichtigen Schätzungen dürften sich die Mittel der Stadt Düsseldorf für die Unterstützung der ausgesperrten Metallarbeiter pro Woche auf 650 000—700 000 Mark stellen. 34 000 Arbeiter sind in Düsseldorf ausgesperrt. Mit Einschluß ihrer Familienangehörigen dürfte sich die Zahl der durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogenen auf rund 80 000 bis 85 000 Personen stellen.

In Essen fand im Städtischen Saalbau eine von der Kommunistischen Partei einberufene große Versammlung der Ausgesperrten statt, bei der Reichstagsabgeordneter Thälmann zur Lage sprach. Im Anschluß daran zog ein sehr langer Demonstrationszug unter Vorantritt von Musik und unter Absingen der Internationale in voller Ordnung durch die Straßen der Stadt nach dem Kruppschen Viertel.

Die auf den 27. November nach Essen einberufene Hauptversammlung der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ist mit Rücksicht auf die noch ungeklärte Lage der Lohnstreitigkeiten im Gebiet bis auf weiteres ausgesetzt worden.

Neue Lohnkämpfe und Kündigungen.

Der Arbeitgeberverband der Bielefelder Metallindustrie hat die Lohnforderungen der Gewerkschaften abgelehnt. Da die Gewerkschaften mit dem Vorschlag der Arbeitgeber auf Beibehaltung der bestehenden Lohnsätze nicht einverstanden sind, soll auch für die Bielefelder Metallindustrie die Entscheidung des staatlichen Schlichtungsausschusses angerufen werden. Auch für die Arbeitnehmer in der Textilindustrie haben die Gewerkschaften wesentliche Lohnerhöhungen bis zu zwanzig Prozent gefordert.

Infolge der Aussperrung in der Arbeitgebergruppe Nordwest und wegen des voraussichtlichen Stockens der Rohstoffzufuhr hat sich der Eschweiler Bergwerksverein gezwungen gesehen, für seine Hüttenabteilung die Stillegung zum 1. Dezember 1928 zu beantragen. Die Verwaltung erklärt hierzu, daß es sich nur um eine Sicherheitsmaßnahme handele, die zurückgezogen werden würde, sobald der Rohstoffbezug wieder gesichert sei.

In der Rheinschiffahrt ist es als Folge des Arbeitskampfes in der nordwestlichen Gruppe bereits zu Kündigungen von Schiffspersonal gekommen. Mit Rücksicht auf die nachlassenden Erzankünfte im Dortmunder Bezirk und die geringen Eisenverschiffungen plant der Hafenbetriebsverein Dortmund größere Entlassungen von Hafen- und Transportarbeitern.

Zur Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter.

Der sozialdemokratische Parteivorstand im Reichstag hat einen „Initiativgesetzentwurf zur Unterstützung der zu Unrecht ausgesperrten Arbeitnehmer" eingebracht. Der Entwurf bestimmt: „Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch eine inländische Aussperrung verursacht ist, die zur Abänderung oder Beseitigung eines freiwillig geschlossenen Tarifvertrages oder eines für verbindlich erklärten Schiedsspruches vorgenommen wird, erhalten eine Unterstützung, ohne Rücksicht auf ihre Anwartschaft. Ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch gilt als rechtswirksam im Sinne dieses Gesetzentwurfes ohne Rücksicht auf die schwebenden Rechtsstreitigkeiten. Die dazu erforderlichen Mittel sollen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vom Reich zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeitgeber, die in solchen Fällen an der Aussperrung beteiligt sind, werden zum Ersatz der aufgewandten Mittel verpflichtet." Das beantragte Gesetz soll rückwirkende Kraft vom 15. Oktober 1928 ab erhalten.

„Graue Not droht!"

Wenn durch einen Wirtschaftskampf wie den gegenwärtigen in der Eisenindustrie für Hunderttausende von Familien graue Not droht, die Grundlagen deutscher Wirtschaft erschüttert und die innere Befriedung unseres Volkes auf das schwerste gefährdet wird, kann eine Kirche, will sie wirklich ihre religiös-sittliche Aufgabe gegenwartsnahe erfüllen, nicht schweigen. Darum haben sich die evangelischen Kirchen Rheinlands und Westfalens in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt und deren Einschreiten in dem Eisenkonflikt als ein Gebot der Stunde gefordert. Die evangelische Kirche des betroffenen Gebietes regt an, daß wirtschaftlich erfahrene, das Vertrauen beider Parteien besitzende Persönlichkeiten neue Verhandlungen versuchen.

Vor allem Rheinlandräumung!

Schritte der Reichsregierung.

Über die Vorbereitungen zur Reparationskonferenz ist es in den letzten Tagen etwas ruhiger geworden, namentlich wohl mit Rücksicht auf die französische Kabinettskrise, die in die Verhandlungen der Kabinette hineinplatzte. Trotzdem konnte in Deutschland, über dessen Interessen in erster Linie Entscheidungen getroffen werden sollen, die Aufmerksamkeit kaum abgelenkt werden.

In Berlin will man sich offensichtlich dagegen verwahren, daß etwa durch eine vorschnelle Konferenz eine Mindestschuldsumme festgesetzt werde, ohne daß andere wichtige Dinge, wie die Rheinlandräumung, mit in Betracht gezogen werden. So schreiben die Londoner „Times", daß, als in diesen Tagen Diplomaten Italiens, Belgiens und Japans zu einem Besuch ins Schatzamt eingeladen waren, auch der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat Dieckhoff, dort vorsprach, und zwar auf Veranlassung der Reichsregierung. Die deutsche Regierung sei offensichtlich besorgt gewesen, in eine Stellung gedrängt zu werden, die sie verpflichtet, im voraus eine Minimalschuldsumme für die Gesamtverbindlichkeiten anzunehmen.

An Berliner amtlicher Stelle wird bestätigt, daß der deutsche Geschäftsträger in London bei der Besprechung im englischen Schatzamt die Stellungnahme der Reichsregierung dargelegt hat.

Eine Zentrumsversammlung in Trier beschloß soeben, zu fordern, bei den in Erwartung stehenden Verhandlungen über die endgültige Regelung der Reparations- und Räumungsfrage seien nur solche Lösungen in Erwägung zu ziehen, die der Tragfähigkeit der geschwächten deutschen Landwirtschaft angepaßt sind und die mit dem unanfechtbaren Rechtsanspruch Deutschlands auf Räumung im Einklang stehen.

Elsässische Abgeordnete rechtlos.

Französischer Kammerbeschluß gegen Ricklin und Rossé.

Die Französische Kammer hat nach langer Sitzung gegen die beiden Vertreter der elsässischen Selbständigkeitsbewegung, die kürzlich bei den Generalratswahlen zu Vertretern bestimmten Herren Ricklin und Rossé, den Verlust der politischen Rechte (Déchéance) ausgesprochen. Das Votum erfolgte mit 220 gegen 39 Stimmen. Ein großer Teil der Abgeordneten enthielt sich der Stimme.

Das Urteil der Kammer bedeutet nicht allein die Ungültigkeit der kürzlichen Wahl für Ricklin und Rossé, sondern es nimmt ihnen auch für die Zukunft das aktive und passive Wahlrecht, bedeutet also die politische Hinrichtung.

Die Sitzung, in der diese Maßnahme beschlossen wurde, verlief außerordentlich stürmisch und erreichte einen Grad der Verwirrung, der schwer beschreiblich ist. Man stimmte ab, widerrief, stimmte nochmals ab, berichtigte sich abermals und wußte zum Schluß überhaupt nicht mehr recht, was man nun genehmigt und was man abgelehnt hatte. Ricklin und Rossé, die selbst anwesend waren, verteidigten sich in durchaus würdiger Form. Im Elsaß herrscht äußerste Erbitterung über diesen neuesten Terrorakt. „Paris fährt auf dem Wege der Mißachtung der elsaß-lothringischen Interessen fort," so heißt es in der „Lothringer Volkszeitung", dem katholischen Metzer Blatt. Man werde aber der Unzufriedenheit im Lande durch solche Entscheidungen der starken Hand nicht beikommen. Das sei „Scherbenpolitik reinsten Wassers".

Staatsanwalt Jacobys Charakter.

Wie seine Verteidiger ihn schildern.

Im Mittelpunkt des Bergmann-Prozesses standen am letzten Verhandlungstage vor der Urteilsverkündung, die am Dienstag erfolgen wird, die Plädoyers der Rechtsanwälte für den Angeklagten Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby. Rechtsanwalt Pünder bat in seinem Plädoyer zunächst darum, die ganze Leichtgläubigkeit, Kurzsichtigkeit und in manchen Fällen auch hervorgetretene Torheit des Angeklagten bei der Urteilsfällung zu berücksichtigen. Ganz zweifellos habe Dr. Jacoby stets seinen Glauben an die Güte des Bergmannschen Unternehmens behalten. Er habe sich in seiner Gutgläubigkeit, auch Oberflächlichkeit, allein von dem guten Klang vieler Namen, von dem äußeren Schein und von der Liebenswürdigkeit Bergmanns selbst dazu bewegen lassen, selber Auskünfte über das Lombardhaus zu geben, stets aber nur im sicheren Glauben an die Reellität des Unternehmens. Der Verteidiger besprach dann die schwierigen persönlichen Verhältnisse des Angeklagten, dessen Familie gerade zu jener Zeit sehr viel unter Krankheit und Not gelitten habe, so daß man es ihm nicht ohne weiteres verdenken könne, wenn er sich nach einem Nebenverdienst umgesehen habe. Gewiß habe Jacoby als Beamter unerhört gehandelt, gewiß sei er inkorrekt gewesen und habe eine ganz besonders unfaßliche Leichtgläubigkeit an den Tag gelegt, doch reiche alles dieses nicht aus, um ihn strafrechtlich zu belangen.

Rechtsanwalt Dr. Klee wandte sich in seinem Plädoyer besonders dem Seelenleben und der Persönlichkeit des Angeklagten Dr. Jacoby zu. Er unterstrich dabei die Notlage der Beamtenschaft im allgemeinen, unter der eben auch Dr. Jacoby zu leiden gehabt hätte. Das sei der eigentliche Ursprung seines Zusammengehens mit Bergmann gewesen. Er, der Verteidiger, könne versichern, daß er Jacoby schon in dessen Tätigkeit als Staatsanwalt als einen harmlosen, gütigen und dabei leider auch höchst unkritischen Menschen kennengelernt habe.

schiedenen Versammlungsteilnehmern und Teilnehmern eines gerade vorüberkommenden Reichsbannerzuges. Dabei wurden drei Reichsbannerleute verletzt. Vier Personen, die angeblich keiner Partei angehören, wurden zwangsgestellt.

London. Der amerikanische Botschafter in London, Houghton, wird nach seiner Niederlage bei den Senatswahlen in Kürze seine Tätigkeit in London wieder aufnehmen.

London. Lord Birkenhead, der kürzlich seinen Posten als Staatssekretär für Indien aufgab, um sich dem Geschäftsleben zu widmen, ist in den Vorstand des Konzerns Imperial Chemical Industries eingetreten.

Warschau. Das Kreisgericht in Zamosc fällte das Urteil gegen 13 Angeklagte, denen zur Last gelegt wird, der Kommunistischen Partei anzugehören. Das Urteil lautete für alle auf zwei bis fünf Jahre Gefängnis.

Lissabon. Der portugiesische Ministerpräsident hat den Gesamtrücktritt des Kabinetts überreicht. Der Präsident hat den Rücktritt angenommen und Oberst Vincento Freitas mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Newyork. Der geschlagene Präsidentschaftskandidat Smith wird nach seiner Amtsniederlegung als Gouverneur des Staates Newyork am 1. Januar den Vorsitz eines großen Newyorker Banken- und Versicherungskonzerns übernehmen.

Manila. Der Polizeiposten von Ganassilanao wurde von Eingeborenen angegriffen. Zwei Eingeborene wurden bei dem entstehenden Kampf getötet, viele verwundet; auch zwei Soldaten und ein Polizist wurden verwundet. Der Angriff ist durch Unzufriedenheit über zwei Verfügungen entstanden, die die Erhebung der Steuern und den Schulbesuch regeln sollten.

Stresemann zu Deutschlands Wiederaufstieg.

Sachliche, bewußte Arbeit.

In einem Leipziger Blatt veröffentlicht der Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Betrachtung zu dem jetzt wiedergekehrten Tage der politischen Umwälzung in Deutschland. Der Minister schreibt u. a.:

„Man zitiert in diesen Tagen viel ein Wort Bismarcks, der davon sprach, daß Deutschland nach einem unglücklichen Kriege wieder groß werden könnte, dann aber allerdings nur auf dem Boden der Republik. Wir können heute nur davon sprechen, daß die Entwicklung eine vorwärtsstrebende war, dürfen sagen, daß die Zeit von 1918 bis 1923 wie ein wüster Traum hinter uns liegt. Wir müssen mit längeren Zeiten rechnen, wenn wir die Auswirkung der neuen Zeit sehen wollen. Der große Kanzler des alten Reiches hatte eine beinahe visionäre Art, in die Zukunft zu sehen. Hoffen wir, daß auch das Wort von der Größe, zu der das republikanische Deutschland nach dem verlorenen Kriege kommen würde, sich bewahrheiten möge. Seien wir uns aber klar darüber, daß weder träumende Resignation noch überschäumende Kraft der Worte da, wo tatsächliche Kräfte fehlen, uns dahin bringen werden, sondern nur die sachliche, bewußte Arbeit eines ganzen Geschlechts."

Die Reform der Reichsverfassung.

Weiterführung der Länderkonferenzbeschlüsse.

Am 24. Oktober hat die in Berlin versammelte Länderkonferenz die Einsetzung zweier Unterausschüsse beschlossen. Diese Unterausschüsse sind zur Festsetzung des nächsten Arbeitsprogramms durch den Reichsminister des Innern nach Berlin einberufen worden.

Dem ersten Unterausschuß für die Frage der territorialen Umgliederung des Reichs gehören an die Reichsminister Dr. Curtius, Koch-Weser, von Guérard, Prof. Dr. Triepel, Staatssekretär z. D. Dr. Busch, Ministerialdirektor Dr. Brecht, Ministerpräsident Dr. Held, Staatspräsident Dr. Bolz, Staats- und Ministerpräsident Dr. Adelung, Bürgermeister Dr. Petersen, Ministerpräsident Deist. Dem zweiten Unterausschuß für die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern und die Frage einer Auftragsverwaltung neben der landeseigenen Verwaltung gehören an die Reichsminister Dr. Hilferding, Koch-Weser, Schätzel, Prof. Dr. Anschütz, Dr. Brüning (M. d. R.), Ministerialdirektor Dr. Brecht, die Ministerpräsidenten Dr. Held, Heldt, Schröder, Staatspräsident Dr. Remmele und Staatsminister Dr. Paulssen.

In beiden Unterausschüssen führt Reichsminister Severing den Vorsitz und ist Reichssparkommissar Staatsminister a. D. Sämisch Generalsachverständiger.

Eine Frage an Polen.

Die Grenzmark Posen-Westpreußen.

Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff nahm die Einweihung des neuen Regierungsgebäudes der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen in Schneidemühl zum Anlaß, um, nachdem er die Grüße des in diesem Gebietsteile geborenen Reichspräsidenten von Hindenburg sowie die der Reichs- und der preußischen Staatsregierung überbracht hatte, an Polen die Frage zu richten, ob die Deutschen, die in den abgetretenen Gebieten zurückgeblieben sind und denen er seine Grüße entbietet, denselben Rechtsschutz, dieselbe Sicherheit und Freiheit genießen, die die Angehörigen der polnischen Nation einst unter der deutschen Herrschaft genossen haben.

Der Minister fügte hinzu: Wir wollen mit den Polen in Frieden leben und Handel und Wandel mit ihnen treiben. Aber solche Beziehungen unter den Völkern sind nur möglich, wenn das nationale Recht und die verbrieften Verträge, wenn insbesondere die Rechte der nationalen Minderheiten geachtet werden. — Dr. Höpker-Aschoff dankte für das vom Oberpräsidenten ausgesprochene Treugelöbnis und versicherte, daß Reichs- und Staatsregierung auch fernerhin die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen besonders unterstützen werden.

Waldeck und Preußen.

Die bevorstehende Vereinigung durch Reichsgesetz.

Waldeck und Preußen haben sich vor einiger Zeit über ein Aufgehen von Waldeck in Preußen geeinigt. Zum Übergang von Waldeck auf Preußen ist der Erlaß eines Reichsgesetzes erforderlich. Der Entwurf des Reichsgesetzes, das die Vereinigung der beiden Länder mit Wirkung vom 1. April 1929 vorsieht, ist jetzt vom Reichsminister des Innern dem Reichstag vorgelegt werden. Die Zahl der deutschen Länder vermindert sich durch die Vereinigung von 18 auf 17. Preußen erhält durch die Hinzulegung des waldeckischen Gebiets einen Zuwachs von 1055 Quadratkilometer mit ungefähr 56 000 Einwohnern. In Waldeck liegen die zwei preußischen Exklaven Eimelrod und Höringhausen, die ganz von waldeckischem Gebiet umschlossen sind. Durch die Vereinigung Waldecks mit Preußen erhalten diese Exklaven den Zusammenhang mit Preußen. Die Gesamtstimmenzahl der Länder im Reichsrat vermindert sich um zwei Stimmen. Es fällt nicht nur die dem Lande Waldeck zustehende fort, sondern Preußen selbst muß eine eigene Stimme abgeben, weil es sonst nach Wegfall der waldeckischen Stimme über mehr als zwei Fünftel aller Reichsratsstimmen verfügen würde, was nicht zulässig ist.

Gegen Ausdehnung der Sozialversicherung

Einspruch des „Reichsverbandes der Deutschen Mittelschicht".

In einer an die Reichsregierung und an die öffentlichen Körperschaften gerichteten öffentlichen Erklärung erheben die im Reichsausschuß der Deutschen Mittelschicht zusammengeschlossenen Reichs- und Zentralverbände des gewerblich und geistig tätigen Mittelstandes, und zwar: Reichsverband des deutschen Handwerks, Reichsschutzverband für Handel und Gewerbe e. V., Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine e. V., Schutzkartell Deutscher Geistesarbeiter, als Freunde einer rechtverstandenen und zweckmäßig gestalteten Sozialpolitik entschieden Einspruch dagegen, daß die für die Arbeitnehmer geschaffenen Versicherungen und Schutzmaßnahmen auch auf Bevölkerungskreise ausgedehnt werden, deren besondere Eigenart und Lebensbedürfnisse dadurch nicht gefördert, sondern geschädigt werden.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 10. November 1928.

Martinsfest (10. und 11. November).

„Und morgen fällt St. Martins Fest,
Gutweib liebt ihren Mann;
Da knetet sie ihm Puddings ein
Und bäckt sie in der Pfann'."

Dieses singt Goethe vom Martinsfest, das wir auch „Martini" nennen, und es zeigt sich sofort, worauf es ankommt: es muß etwas Gutes gegessen werden, und Gutweib bäckt zu diesem Behuf ihre Puddings, die wir wohl als Pfannkuchen ansprechen dürfen. Von alters her ist der Begräbnistag des heiligen Martin von Tours, der 11. November, ein Tag der großen Schmäuse. „Wir Deutsche," sagt der alte Agricola, „halten Fastnacht, Sankt Burchard und St. Martin, Pfingsten und Ostern für die Zeit, da man soll für andern Gezeiten im Jahr fröhlich sein und schlemmen . . . St. Martin vielleicht um des neuen Weines willen; da brätet man feiste Gans und freut sich alle Welt." Da haben wir gleich zwei Sachen, die den Martinstag angenehm machen: den neuen Wein, der zum „Martinstrunk" verführt, und die berühmte „Martinsgans". Unsere ganz gewöhnliche Haus- oder Graugans ist es, die in diesen Novembertagen zu Ehren gelangt. Kenner behaupten nämlich, daß sie erst um den Martinstag herum ihren angenehmen Geschmack bekomme, und daß sie „gut gebraten" eine „gute Gabe Gottes" sei. Wie sie, die so ernst und bescheiden ist, zu dem stolzen Namen eines Martinsvogels gekommen sein mag — kein Mensch vermag es genau

Zwei Achtzigjährige.

Am 11. November vollendet Hans Delbrück, der Historiker, Politiker und frühere Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, das 80. Lebensjahr. Geboren zu Bergen auf Rügen, war er nach Vollendung seiner Studien fünf Jahre lang Erzieher des Prinzen Waldemar von Preußen, des früh verstorbenen Bruders Wilhelms II. Nach dem Tode des Prinzen habilitierte er sich als Privatdozent für Geschichte an der Universität Berlin; 1896 wurde er zum ordentlichen Professor ernannt. Von 1882 bis 1885 war Delbrück als Vertreter des Mansfelder Kreises Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, von 1884 bis 1890 als Vertreter des ersten Stralsunder Wahlkreises Mitglied des Reichstages, wo er zur Freikonservativen Partei gehörte. Von seinen vielen Werken seien genannt: „Leben des Feldmarschalls Grafen Neithardt von Gneisenau", „Die Strategie des Perikles, erläutert durch die Strategie Friedrichs des Großen", „Friedrich, Napoleon, Moltke", „Die Polenfrage", „Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte", „Bismarcks Erbe", „Ludendorff, Tirpitz, Falkenhayn", „Vor und nach dem Weltkrieg" usw.

Zwei Tage nach Delbrück, am 13. November, wird Hans von Wolzogen, der weitbekannte Herold der Richard Wagnerschen Kunstrichtung und frühere Herausgeber der „Bayreuther Blätter", 80 Jahre alt. Wolzogen, der aus einer altadligen Familie stammt — ein „angeheiratetes" Mitglied dieser Familie, Karoline von Wolzogen, geb. von Lengefeld, war die Schwägerin Schillers —, hat zahlreiche Schriften über Wagner, dessen getreuester Jünger er war, veröffentlicht. Von seinen anderen Werken sind zu erwähnen Studien über E. T. A. Hoffmann, Ferdinand Raimund und Wilhelm Raabe.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 9. November.

Diebstahl wertvoller Gemälde in Moskau.

Berlin. Aus den Beständen des Staatsmuseums für bildende Künste in Moskau sind von noch unbekannten Dieben fünf überaus wertvolle Gemälde gestohlen worden. Es handelt sich um das Gemälde „Le Christe" von Rembrandt und den „Ecce Homo" von Tizian, das früher in der Eremitage bei Leningrad hing, weiter um das Gemälde „La Sainte Famille" von Correggio, ferner um den „Saint Jean Evangeliste" von Carlo Dolci und schließlich um „La Flagellation du Christe" von Giunta Pisano.

Klage der Metallarbeitergewerkschaften.

Essen-Ruhr. Die Metallarbeitergewerkschaften haben beim Arbeitsgericht in Duisburg folgenden Klageantrag eingereicht: 1. in Erfüllung der tarifvertraglichen Friedenspflicht die Aussperrungsanweisung zurückzuziehen, 2. zu unterlassen, die im Kampf befindlichen Werke durch direkte oder indirekte Maßnahmen finanzieller, ideeller oder sonstiger Art zu unterstützen, 3. die herausgegebenen namentlichen Listen der ausgesperrten Arbeitnehmer zurückzuziehen und die weitere Ausgabe dieser oder neuer Listen zu unterlassen, 4. die Mitglieder mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln anzuhalten, die betreffenden Kampfmaßnahmen rückgängig zu machen und neue zu unterlassen, sowie 5. an die Kläger Schadenersatz zu zahlen.

Frecher Raubüberfall.

Köln. In dem Bureau eines Kaufmanns in Köln-Ehrenfeld erschien ein etwa 30jähriger Mann und fragte die allein anwesende Frau des Kaufmanns, ob er das Telephon benutzen dürfe. Plötzlich hielt er der Frau eine Pistole vor und zwang sie, das im Geldschrank aufbewahrte Geld, etwa 5000 Mark, in seine Tasche zu stecken. Er ließ sich auch noch die Geldbörse der Frau mit fünf Mark Inhalt geben und entkam unerkannt. Die Frau ist infolge des Schrecks noch nicht vernehmungsfähig.

Poincaré übernimmt bedingungsweise die neue Regierung.

Paris. Poincaré hat den ihm vom Präsidenten der Republik erteilten Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts unter der Bedingung angenommen, daß er erst mit seinen Freunden Rücksprache nehmen kann.

Holland und der nordwestdeutsche Arbeitskonflikt.

Rotterdam. Der Arbeitskonflikt in der nordwestdeutschen Eisenindustrie beginnt sich bereits im Rotterdamer Hafen deutlich fühlbar zu machen. Die deutschen Hüttenwerke haben Auftrag gegeben, daß die in Rotterdam für sie eintreffenden Erzanfuhren nicht nach Deutschland durchgesandt, sondern in Rotterdam aufgestapelt werden. Die Vereinigten Stahlwerke legen ihre Erzvorräte in Vlaardingen auf Lager. Die von Narvik ausgehende Versendung schwedischer Erze wird vorläufig fortgesetzt werden. Dagegen sollen die aus anderen Plätzen zu erwartenden Verschiffungen soweit wie möglich eingeschränkt werden.

Die Lage am Ätna.

Catania. Die Tätigkeit des Ätna hält in der bisherigen Stärke an. Die beiden Lavaströme, die durch Mascali und das Bett des Baches Vallenaccio vorrücken, sind von dem Bahnhof Mascali noch 250 bzw. 160 Meter entfernt. Ihre durchschnittliche Geschwindigkeit beträgt 6 Meter in der Stunde. Arbeitsminister Giurgiati hat sich mit dem Flugzeug in das Katastrophengebiet begeben.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Statt Karten.

Elfriede Kleinschmidt
Wilhelm Heedfeld
Verlobte

Haspe, Schützenstr. 11 — Anschlag, Sondern

10. November 1928

Hafer, Gerste, gar. rein. Gerstenschrot, Mais, Maisschrot, Weizen, grobe Weizenkleie, Geflügel-Körner-Mischfutter, sowie Lege-Futter, Fischmehl, Pferde-Häcksel, Torf, Pferde-Melasse mit und ohne Hafer, Viehsalz, Koch- und Buttersalz, Korinthen und Sultaninen, Erdnußmehl, Soyaschrot, Leinmehl, Baumwollsaatmehl

Alle Arten Dünger, Kohlen, Koks, Briketts.

Bestellungen auf Runkeln werden laufend entgegengenommen.

Bürger & Lausberg
Halver, Telefon 326

Zeige mir Dein Heim
und ich sage Dir, wer Du bist.

Wohnungskunst ist Lebenskunst!

Es geht nicht an, draußen als Gentleman gelten zu wollen und drinnen zwischen 4 Wänden und zusammen gewürfelten Möbelstücken zu hausen. Auch dort, wo es die Verhältnisse nicht gestatten,

aus dem Heim ein Schloß

zu machen, lassen Stuhl, Tisch, Schrank und Bett auf die Art des Menschen schließen. Um nun eher die richtige Wahl bei Ersatz oder Neuanschaffungen treffen zu können, ist es unbedingt notwendig, vor dem Kauf unsere größte, für Lüdenscheid und Umgegend nur in Frage kommende

Möbelausstellung

zu besuchen. Ihre Vorteile werden Sie greifbar finden und schnell einen günstigen Entschluß fassen.

Gebr. Schätte, Lüdenscheid Telefon 3384.

Stodin gegen Rheumatismus!

Schnellste Hilfe bei Rheuma, Gicht, Ischias, Kopf- und Nervenschmerzen sowie Schlaflosigkeit bringt Ihnen jetzt mein neues, völlig giftfreies Spezialmittel **„Stodin"** gesetzlich geschützt.

„Stodin" ist leicht und angenehm einzunehmen, dadurch vermeiden Sie langwierige, oft nutzlose Tee- und Einreibekuren!

Haben Sie Vertrauen zu **„Stodin",** es hat Tausenden geholfen, **es hilft auch Ihnen!** Auch Sie können von Ihren Schmerzen befreit werden, selbst da, wo alles andere versagte.

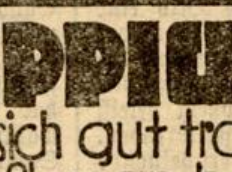
Dieses bezeugen die unzähligen Anerkennungsschreiben, die einen erschütternden Bericht geben von dem Dankesempfinden, welches schmergequälte Menschen äußerten.

Bei Nichterfolg zahle ich vollen Betrag zurück.

Geben Sie Ihrem Körper die ersehnte, neue Lebensfreude und bestellen Sie noch heute.

Preis 6 Mark — Zusendung durch meine Versand-Apotheke, Broschüre kostenlos — Keine Geheimmittel.

F. H. Jürs, Giftfreie Volksheilmittel.
Berlin W 30 (8/84) Motzstraße 24.



Einrahmen v. Bildern, Diplomen usw besorgt prompt u. billigst **Wilh. Bell jr.**

Die Tapete erfreut sich heute wieder einer steigenden Beliebtheit und hat sich gegen die Mode der Leimfarbenanstriche siegreich behauptet. Der Hauptgrund liegt vor allem wohl darin sie

ist billiger

billig. Sie können in meiner großen Auswahl herabgesetzter Muster für wenig Geld eine moderne, schöne Tapete finden, die auch einen verwöhnten Geschmack befriedigt und dabei

ist als ein Leimfarbenanstrich.

Tapetenhaus Hansa
Lüdenscheid, Knapperstr. 19-21

Ich wohne jetzt
Schützenstr. 13
Hollermann, Tierarzt
Halver.

Mitesser

Pickeln und Pusteln entstellen das schönste Gesicht. Ein wundervolles Mittel dagegen ist

Cehafin-Teintwasser

Es öffnet die Poren desinfiziert und konserviert.

Nur echt in der:

Halverschen Med.-Drogerie
Carl Menke.

Spielkarten

mit runden Ecken, von 70 Pfg. an

Buchhandlung
Wilh. Bell jr.
Halver.

Pflege die Wäsche!
Wasch mit
Persil!
Die Persil-Wäsche ist der Inbegriff neuzeitlicher Wäschepflege

---

Empfehle
mein reichhaltiges Lager in

Knaben-, Burschen- und Herren-Anzüge in allen Farben und Stoffen. **Knaben-, Burschen- u. Herren-Sport-Anzüge** in Loden und Reitcord.

Monteuranzüge, Kammgarn, Buxkin und Arbeitshosen. Knaben Strick-Anzüge, Herren Strickwesten in vielen Farben.

Loden- und Schwedenmäntel in allen Größen

Schlafdecken in allen Größen und Preislagen.

Die neuesten Herren- u. Damenstoffe in allen Preislagen und Farben.

Einen Posten billige **Damenwintermäntel.**

Damenmäntel u. Kleider werden **nach Maß** billigst angefertigt.

Teilzahlung gestattet!

Hugo Nieding
Halver, Eichholz 4

Mütterberatungsstunden

finden statt am **Dienstag, den 13. 11. 1928** 14 Uhr in **Brügge** (Wirtschaft Dommes - Winkhausen) 15,30 Uhr in **Schalksmühle** (Wirtschaft Heedfeld.)

Lüdenscheid, den 9. 11. 28.

Der Bürgermeister des Amtes.

Mütterberatungsstunde

in **Schalksmühle** findet statt am **Dienstag, den 13. d. Mts.** ab **15 Uhr** bei Gastwirt **Heedfeld, Hälverstraße.**

Bin Dienstag morgen 8 Uhr bei Wirt **Budde, Oberbrügge, 9 Uhr in Bollwerk** und um **11 Uhr in Kierspe-Bhf.** (Tannenbaum) mit

prima Oldenb. Schweinen



zum Verkauf.



behält im Tragen und auch nach der Wäsche ihre Dehnbarkeit.

Für die Schlachtzeit

empfehle:

Kranz- und Papier-Därme
Gewürze aller Art
zu den billigsten Preisen.
Kaffee von 2.80 RM. an
20 Stück Heringe 1.- RM.
frische
Hasel-, Wall- u. Para-Nüsse
zu den niedrigsten Preisen

Otto Meisterjahn, Kierspe

Bitte Mama, bring mir mein Puppen für



Puppenklinik
E. Pleuger, Nacht
Lüdenscheid
Wilhelmstr. 43